

## Protokoll Nr. 21 (2011-2015)

### der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 25. April 2013 in der Aula der Schule Baumschulenweg

Beginn: 19:30 Uhr                      Ende: 21:40 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	Herr Carstens	Herr von Cossel
	Frau Eickelberg	Herr Golinski
	Herr Heck	Frau Dr. Helling
	Frau Holmes	Frau Kuhmann
	Frau Marin	Herr Matuschak
	Frau Mehser	Frau Meyer
	Herr Pastoor	Herr Scherer
	Herr Schlichting	Frau Schneider
	Herr Dr. Schober	Herr Wundersee

b) vom Ortsamt	Frau Dr. Mathes
	Herr Berger

c) als Gäste	Herr Hergert (Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen)
	Frau Weiskopf (Senator für Bau, Umwelt und Verkehr)
	Frau Böhme, Herr Eisenhut (AWO, als Trägerin der Notunterkunft)

Die vorgelegte Tagesordnung wird geändert: Als neuer TOP 5 wird „Nachwahl in die Fachausschüsse“ aufgenommen, der TOP „Verschiedenes“ wird TOP 6. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

Das schriftlich vorliegende Protokoll Nr. 20 der Beiratssitzung vom 14.03.2013 wird genehmigt.

#### **TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten**

Frau Dr. Mathes begrüßt die Anwesenden und bedankt sich bei der Grundschule Baumschulenweg, dass die heutige Sitzung hier stattfinden kann.

##### Mitteilungen der Beiratssprecherin

Frau Schneider weist darauf hin, dass

- das sanierte Standesamt in der Hollerallee wieder eröffnet wurde und regt an, dort eine Beiratssitzung durchzuführen;
- der Lärmaktionsplan für Bremen überarbeitet wird. Unter [www.umgebungslaerm-bremen.de](http://www.umgebungslaerm-bremen.de) nimmt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Hinweise und Anregungen entgegen;
- am vergangenen Wochenende „Ritas Nachbarn“ auf dem Mehrgenerationenplatz das jährliche Frühlingserwachen gefeiert haben und dabei auch Bewohner/innen aus der Notunterkunft Thomas-Mann-Straße eingeladen waren.

##### Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes erklärt, dass das leerstehende Verwaltungsgebäude auf dem Riensberger Friedhof jetzt der vom Beirat gewünschten betriebsinternen Nutzung für Mitarbeiter/innen

und Angehörige Verstorbener zugeführt werden soll. Die Situation für Angehörige bei Trauerfeiern und Beisetzungen soll verbessert werden.<sup>1</sup>

## **TOP 2: Notunterkunft für Flüchtlinge in der Thomas-Mann-Straße**

Frau Dr. Mathes führt in das Thema ein und weist darauf hin, dass

- der Beirat auf seiner Sitzung am 20.12.2012 einer befristeten Zwischennutzung der ehemaligen Schule in der Thomas-Mann-Straße 6-8 als Notunterkunft für Flüchtlinge solange zugestimmt hat bis das Ausschreibungsverfahren erfolgreich zu Ende gebracht ist;<sup>2</sup>
- am 06.04.2013 Immobilien Bremen die Liegenschaft öffentlich ausgeschrieben hat und das Bieterverfahren bis 03.06.2013 andauert.<sup>3</sup> Diese Ausschreibung ist im Sinne des Beirats, Beirat und Ortsamt sind im weiteren Verfahren beteiligt;
- der Beirat heute über einen von Immobilien Bremen, als Verwalterin der öffentlichen Liegenschaften in Bremen, eingereichten Bauantrag zur Nutzungsänderung der ehemaligen Schule Thomas-Mann-Straße als Notunterkunft für Flüchtlinge entscheiden muss. Der Antrag wurde erforderlich, weil die zunächst bis 31.03.2013 baurechtlich genehmigte Nutzung als Notunterkunft befristet verlängert werden soll. Die Baubehörde hat am 16.04.2013 „die geplante Nutzungsänderung [als] planungsrechtlich zulässig“ erklärt.<sup>4</sup>

Herr Hergert bedankt sich zunächst beim Beirat, dem Ortsamt und den ehrenamtlichen Helfer/innen der Notunterkunft für die Unterstützung und informiert im Weiteren darüber, dass

- bei der Beiratssitzung am 20.12.2012 tatsächlich von einer befristeten Nutzung bis 31.03.2013 ausgegangen wurde;
- zwischenzeitlich aber die Flüchtlingszahlen weiter gestiegen sind, so dass auch Bremen weitere Flüchtlinge aufnehmen und unterbringen muss;
- damit die Notunterkunft weiter – aber längstens bis zu einer anderweitigen Nutzung des Gebäudes – zur Verfügung stehen soll, bis Immobilien Bremen im Auftrag des Sozialressorts geeignete öffentliche Grundstücke gefunden hat, auf denen Modulbauten errichtet werden können, in die Flüchtlinge umziehen können;
- das Ressort sich ebenfalls bemüht, für die Flüchtlinge Wohnungen zu finden, der Wohnungsmarkt aber gegenwärtig sehr angespannt ist. Allerdings werden Anfang Mai vier Familien aus der Notunterkunft in angemietete Wohnungen umziehen.

Auf Nachfrage aus dem Publikum verdeutlicht Herr Hergert, dass die Kosten der Unterbringung in einer Notunterkunft deutlich geringer sind als eine Hotelunterbringung. Gegenwärtig seien alle beteiligten Stellen sehr ausgelastet, so dass bspw. die Ausstellung von Ausweispapieren für die Flüchtlinge mehr Zeit als üblich in Anspruch nehmen. Außerdem sind dabei andere Behörden befasst – in diesem Fall das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – auf die das Sozialressort keinen Einfluss habe.

Frau Böhme weist darauf hin, dass das ehrenamtliche Engagement in der Notunterkunft beeindruckend ist und dass die Einrichtung gegenwärtig mit 53 Personen ausgelastet ist.

Auf Nachfrage von Herrn von Cossel erklärt sie, dass in der Unterkunft Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Nigeria, Syrien, Iran, Tschetschenien und Afghanistan leben.

Herr Matuschak bedankt sich ebenfalls bei den ehrenamtlichen Helfer/innen und unterstreicht den Eindruck einer bemerkenswerten Atmosphäre in der Notunterkunft. Er stellt fest, dass der vorliegende Antrag von Immobilien Bremen irritiere, weil keine verbindliche schriftliche Aussage getroffen werde, wann die Zwischennutzung als Notunterkunft ende. Außerdem bemängelt er, dass parallel kein „Masterplan“ entworfen wurde, um mit den steigenden Flüchtlingszahlen umzugehen.

<sup>1</sup> Siehe hierzu das Protokoll der Beiratssitzung am 22.11.2012 unter

<http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.1991.de>

<sup>2</sup> Zum Beschluss der Beirats am 20.12.2012 siehe unter

<http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen142.c.2719.de>

<sup>3</sup> Näheres zur Ausschreibung siehe unter <http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Thomas-Mann-Str.pdf>

<sup>4</sup> Die planungsrechtliche Beurteilung der Baubehörde lag den Beiratsmitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Hergert stellt klar, dass das Sozialressort mit dem Wunsch einer Nutzungsverlängerung an Immobilien Bremen herangetreten sei, und IB deshalb den erforderlichen Antrag auf Nutzungsänderung gestellt habe.

Frau Dr. Mathes verweist nochmals auf den Beiratsbeschluss vom 20.12.2012, der verbindlich festlege, dass es sich nur um eine Zwischennutzung handele.

Frau Weiskopf erklärt, dass das Ausschreibungsverfahren durch IB im Juni ende und dass im weiteren Auswahlverfahren verschiedene Gremien befasst seien, so dass eine Entscheidung bis voraussichtlich März 2014 dauern werde.

Auf Nachfrage aus dem Publikum verdeutlicht sie, dass die jetzige Nutzung als Notunterkunft bis 31.03.2013 befristet ist. Für eine weitere Nutzung war ein Antrag auf Nutzungsänderung erforderlich. Dieser Antrag liegt vor und wurde ausführlich begründet; unter anderem wurden die Brandschutzvorkehrungen, die Regeln für das Zusammenleben im Haus, das Betreuungskonzept, der Sicherheitsservice, die Erreichbarkeit für die Anwohner/innen erläutert. Es habe auch eine Begehung mit der Feuerwehr stattgefunden. Der vorliegende Antrag habe nichts mit einem eventuellen Bauantrag eines zukünftigen Investors zu tun. Über den Antrag wurde nach § 34 BauGB entschieden, da kein Bebauungsplan vorliege. Dabei wurde von einem allgemeinen Wohngebiet ausgegangen, das eine „Heimunterbringung“ zulasse.

Frau Dr. Mathes stellt ergänzend klar, dass ein Bauantrag nicht zwingend bedeute, dass gebaut werde. Im vorliegenden Fall beinhalte der Antrag die Frage, ob die vorgesehene Nutzung zulässig ist und welche Auflagen dabei zu erfüllen sind.

Frau Schneider unterstreicht, dass die gegenwärtige Zwischennutzung als Notunterkunft durch die Nutzung, wie sie der Beirat beschlossen hat und wie sie in der Ausschreibung von IB dargestellt ist, eindeutig zeitlich begrenzt ist. Außerdem bestätigt sie, dass Herr Hergert sehr engagiert mit der Suche nach weiteren Unterbringungsmöglichkeiten befasst ist.

Auf die Frage einer Ehrenamtlichen, warum die Kinder aus der Notunterkunft nicht beschult werden, erklärt Herr Eisenhut, dass inzwischen ein Lehrer beschäftigt werde, der die Kinder unterrichte.

Im gleichen Zusammenhang erklärt Herr Beulke, dass

- die GS Baumschulenweg keine Plätze für weitere Kinder habe und nicht eigenmächtig über die Aufnahme von Kindern entscheiden dürfe;
- Kinder aus der Notunterkunft zeitweise in der Schule anwesend seien, soweit dies nach deren Sprachstand angemessen sei;
- normalerweise Kinder, die keine oder unzureichende deutsche Sprachkenntnisse haben, in eigenen Klassen unterrichtet werden, bis ihr Sprachstand die Teilnahme am regulären Unterricht erlaube;
- die Grundschule fachlich nicht auf diese Kinder eingestellt sei und
- ein Verbleib der Kinder von mehr als drei Monaten in der Notunterkunft neue Entscheidungen in der Bildungsbehörde erforderlich mache.

Frau Böhme verdeutlicht, dass eine längere Unterbringung in der Notunterkunft nicht vorgesehen ist, so dass eine Schule mit dem daraus folgenden ständigen Wechsel der Kinder überfordert sei. Aus diesem Grund werde hausintern unterrichtet. Der gegenwärtige Unterricht solle ausgeweitet werden, ggf. eine weitere Lehrkraft eingestellt werden. Dazu müsse aber zunächst die Situation geklärt sein.

Herr Matuschak stellt die Frage, warum nicht ein grundsätzlicher Kurswechsel vollzogen werde und die Unterbringung auf Dauer erfolge, bevor die Flüchtlinge in unzureichende Modulbauten und ein ungeeignetes Umfeld „umgesetzt“ werden.

Herr Heck zeigt sich von diesem Vorschlag überrascht, ist aber gerne bereit, den Vorschlag aufzugreifen. Herr Heck erklärt, dass

- auf der Beiratssitzung am 20.12.2012 viele Vorbehalte geäußert wurden, die sich nicht bestätigt haben;
- der Stadtteil Schwachhausen bewiesen habe, zu welchem besonderen ehrenamtlichen Engagement er in der Lage sei;

- die Heimleitung eine hervorragende Arbeit leiste;
- der Beiratsbeschluss vom 20.12.2012 bindend sei. Das Areal sei jetzt ausgeschrieben und erfahrungsgemäß würden sich viele Investoren bewerben. Bis ein Vertrag geschlossen werde, könne das Gebäude genutzt werden, um einen Leerstand zu vermeiden. Sollte sich kein Investor finden, müsse sich der Beirat neu orientieren.

Herr Pastoor unterstützt dies und verdeutlicht, dass sowohl die vom Beirat gewünschte zukünftige Nutzung wie auch der weitere Ablauf eindeutig seien.<sup>5</sup> Es spreche nichts gegen eine vorübergehende Nutzung, um Leerstand zu vermeiden.

Aus dem Publikum wird darauf hingewiesen, dass das Exposé von IB auf „z.T. nicht schützenswerten Baumbestand“ verweise.

Frau Weiskopf entgegnet, dass sich diese Formulierung an der Baumschutzverordnung orientiere und dass der Investor verpflichtet sei, eine Bestandsaufnahme zum Baumbewuchs zu veranlassen. Frau Dr. Mathes stellt klar, dass der Baumschutz beim Beirat gut aufgehoben sei.

Auf aus dem Publikum geäußerte Irritationen zur „Zwischen- und Nachnutzung“ erklärt Frau Schneider, dass

- der Beirat in seinen Beschlüssen eindeutig eine Nutzung für Wohnen und Kinderbetreuung wünsche;
- der Beirat mit seinem Beschluss vom 20.12.2012 eine Zwischennutzung zulasse, bis ein Investor gefunden und ein Vertrag unterschrieben sei;
- im Dezember zunächst ein „schlankes Verfahren“ gewählt wurde, weil für die Flüchtlinge schnell eine Unterbringung gefunden werden musste;
- jetzt aber ein neuer Beschluss nötig sei, weil die ursprüngliche zeitliche Befristung von drei Monaten auslaufe und verlängert werden soll.

Eine Mitarbeiterin der katholischen Gemeinde bittet darum, den Runden Tisch zur Thomas-Mann-Straße wieder ins Leben zu rufen, um u.a. zu klären, wie das ehrenamtliche Engagement verstetigt werden kann.

Herr Heck bedankt sich für diese Anregung und bedankt sich ebenfalls bei Frau Schneider für deren Engagement für die Notunterkunft. Er weist darauf hin, dass alle in dieser Sache beteiligten Ressorts engagiert seien. Da aus seiner Sicht die Verbindlichkeit der Beiratsbeschlüsse geklärt ist, richtet er an Herrn Matuschak die Bitte, den Antrag der CDU-Fraktion zurückzuziehen.

Herr Matuschak lehnt dies ab, weil nach wie vor keine eindeutige schriftliche Verbindlichkeit, wann die Zwischennutzung ende, getroffen sei. Er erklärt, dass es unrealistisch sei, die dort wohnenden Flüchtlinge „auf einen Stichtag“ umzuquartieren. Herr Matuschak verliert den Antrag der CDU-Fraktion.<sup>6</sup>

Frau Dr. Mathes erklärt auf Nachfrage von Herrn Golinski, dass sie zunächst den Antrag der CDU-Fraktion als weitergehenden abstimmen lasse und dann den Antrag über die geplante Nutzungsänderung.

Eine ebenfalls ehrenamtlich Engagierte erklärt, dass sie die Ungeduld der Anwohner/innen hinsichtlich der Nutzung des Areals verstehe. Sie halte die gegenwärtige Zwischennutzung für sinnvoll und unterstreicht, dass es „besser als gedacht“ gelaufen sei. Sie bittet darum, die praktischen Dinge schnell zu klären, damit die Bewohner/innen wie die Ehrenamtlichen wüssten, wie sie weitermachen können.

Herr Scherer weist darauf hin, dass Modulbauten/ Container sehr angenehm eingerichtet werden können und vor allem seien sie leicht und schnell auf- und abbaubar; insofern seien Container-Standorte durchaus sinnvoll. Er habe den Eindruck, dass die Notunterkunft eine

<sup>5</sup> Siehe zur Debatte und Beschlussfassung des Beirats das Protokoll der Beiratssitzung am 22.03.2012 unter [http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Protokoll%20Nr%208%20\\_2011-2015\\_.pdf](http://www.ortsamtschwachhausenvahr.bremen.de/sixcms/media.php/13/Protokoll%20Nr%208%20_2011-2015_.pdf)

<sup>6</sup> Als **Anlage 1** dem Protokoll angefügt.

vorbildliche Einrichtung sei und dass bspw. durch mehrsprachige Hinweise sehr auf die Flüchtlinge eingegangen werde.

Frau Schneider äußert, dass der Antrag der CDU inhaltlich in den vorhergehenden Beschlüssen enthalten sei. Sie verdeutlicht, dass niemand am Standort Thomas-Mann-Straße bis 2015 Flüchtlinge unterbringen möchte, dass aber mit einer Bauzeit von einem Jahr zu rechnen sei, so dass bei einer Neunutzung ab 2015 das Gebäude lediglich bis 2014 zur Verfügung stehe.

Herr Pastoor erklärt, dass der Antrag der CDU abzulehnen sei, weil er sich sachlich erübrige.

Herr Dr. Schober appelliert an die CDU, den Antrag zurückzunehmen, weil alle Forderungen vorgetragen und beantwortet seien.

Herr Matuschak unterstreicht nochmals, dass es darum gehe, eine verbindliche Festlegung auf ein Datum zu erhalten.

Frau Dr. Mathes verdeutlicht, dass es eine „weiche“ zeitliche Begrenzung durch das Ende des Ausschreibungsverfahrens gebe und sich eine verbindliche aus dem Antrag auf Nutzungsänderung ergebe, der die Nutzungsdauer bis Ende März 2014 begrenze.

Daraufhin erklärt Herr Matuschak, dass die CDU ihren Antrag zurückzieht.

Frau Dr. Mathes lässt über den Antrag auf Nutzungsänderung abstimmen. Der Beirat stimmt einstimmig zu.

Frau Dr. Mathes erklärt, dass sie den Runden Tisch zur Thomas-Mann-Straße zeitnah wieder einberufen werde, und bedankt sich nochmals bei der Heimleitung und den Ehrenamtlichen für ihr Engagement.

### **TOP 3: Globalmittelvergabe – 1. Runde 2013**

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass die Ausschüsse „Bildung, Soziales, Integration und Sport“ sowie „Koordinierung, Haushalt und Prävention“ in einer gemeinsamen Sitzung die Anträge gesichtet und bewertet haben.

Herr Scherer stellt die Beschlussempfehlung aus der gemeinsamen Sitzung vor.<sup>7</sup>

Auf Grund der Nachfrage der Vorsitzenden des Antrag stellenden Vereins „Punch & Judy“ äußert Herr Scherer den Wunsch, in diesem Fall nochmals in die Diskussion einzusteigen.<sup>8</sup> Herr Dr. Schober unterstützt dies.

Frau Dr. Mathes wertet dies als Antrag, die Mittelvergabe nochmals im Koordinierungsausschuss zu erörtern, und lässt hierüber abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen, 10 Nein-Stimmen).

Anschließend lässt Frau Dr. Mathes die vorliegende Beschlussempfehlung abstimmen. Der Beirat nimmt sie einstimmig an.

Fr. Dr. Mathes weist darauf hin, dass bis 18.08.2013 Anträge für die zweite Runde Globalmittelvergabe gestellt werden können.

### **TOP 4: SPD-Antrag „Anträge und Zuwendungsbescheide für projektbezogene Zuwendung aus Mitteln des Beirats zusätzlich in leichter Sprache verfassen“**

Herr Carstens stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor,<sup>9</sup> und begründet ihn wie folgt:

- Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, mitzubestimmen, und deshalb solle im Falle der Anträge auf Globalmittel die Hemmschwelle abgesenkt werden, so dass auch Menschen mit Einschränkungen diese stellen könnten;
- der Beirat habe eine Vorbildfunktion, die er an dieser Stelle deutlich machen könne;

<sup>7</sup> Die Beschlussempfehlung ist dem Protokoll als **Anlage 2** angefügt.

<sup>8</sup> Im vorliegenden Fall wurde der beantragte Betrag nicht in voller Höhe unterstützt, da von Seiten des Beirats mehr Eigenmittel gewünscht sind.

<sup>9</sup> Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage 3** angefügt.

- von der CDU liege ein Antrag zur leichten Sprache in der Bürgerschaft vor und Bündnis 90/ Die Grünen hätten ihr Wahlprogramm zusätzlich in leichter Sprache verfasst, somit herrsche im Grunde ein Konsens.

Herr Heck und Herr Matuschak weisen übereinstimmend darauf hin, dass das Anliegen „gut und richtig“ sei, Anträge auf Globalmittel in leichter Sprache anzubieten aber, so Herr Heck, der falsche Ansatzpunkt sei, weil es einer Institution bedürfe, die mit Globalmitteln zuverlässig umgehen könne.

Herr Pastoor verdeutlicht, dass Behinderte nicht entmündigt werden dürften. Herr Hamann weist darauf hin, dass die Berücksichtigung der leichten Sprache der Forderung einer UN-Konvention entspreche und der Beirat hier die Möglichkeit habe, ein Demonstrationsprojekt ins Leben zu rufen.

Herr Heck stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte. Dieser Antrag wird von Frau Dr. Mathes zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich angenommen.

Frau Dr. Mathes stellt den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen, 12 Nein-Stimmen).

### **TOP 5: Nachwahl in die Fachausschüsse**

Es finden Nachwahlen statt für die Ausschüsse „Kultur und Jugend“ sowie „Bildung, Soziales, Integration und Sport“. Das Vorschlagsrecht liegt bei der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen. Es werden Frau Dr. Antje Müller als sachkundige Bürgerin für den Kultur-Ausschuss und Herr Stefan Lüthge als sachkundiger Bürger für den Bildungsausschuss nominiert.

Fr. Dr. Mathes lässt beide Vorschläge getrennt abstimmen. Beide werden einstimmig angenommen.

### **TOP 6: Verschiedenes**

Herr Beulke weist auf das Schulfest am 01.06.2013 hin und lädt Beirat und Ortsamt dazu ein. Es werde einen „Solarlauf“ und musikalische Darbietungen geben.

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Schneider	Dr. Mathes	Berger